

London, 17. März 2016

PRESSEMITTEILUNG

Britische Finanzbehörde verschärft Steuerfahndungen

Die Deutsch-Britische Industrie- und Handelskammer informiert, dass die britische Finanzbehörde HMRC verschärft Steuerfahndungen durchführt, bei denen u. a. anhand von Arbeitsgruppen (sogenannten *task forces*) Steuerhinterziehung und Steuerbetrug bekämpft werden. Jede Arbeitsgruppe ist auf einen Sektor und eine Region fokussiert, wie beispielsweise auf das Baugewerbe in London, den Alkoholsekter im Zentrum Londons und den Restaurantsektor in Südostengland.

Des Weiteren ist es der Behörde mit dem neu eingeführten Verfahren *Direct Recovery of Debts* („direkte Schuldeneinzahlung“) vereinfacht möglich, auf das Vermögen von Steuerschuldern zuzugreifen. Eine Pfändung ist bereits ab einer Steuerschuld von 1.000 Pfund Sterling zugelassen, vorausgesetzt, dass sogenannte *safeguards* (u. a. Besuche von HMRC zur persönlichen Einschätzung) durchgeführt wurden.

Die Steuerstrafvorschriften der britischen Finanzbehörde wurden ebenfalls geändert. Ungenauigkeiten bei einer Meldung ermittelt die Behörde, um die Höhe eines Strafzuschlages (*penalty*) festzulegen. Dieses Verfahren gilt u. a. für die Umsatzsteuer, Körperschaftsteuer, Lohnsteuer und beim *Construction Industry Scheme* (Informationsblatt CC/FS7a).

Die Festsetzung des Strafzuschlages folgt einem achtstufigen Verfahren und hängt u. a. vom potenziell entgangenen Steueraufkommen, der Verhaltensweise des Steuerpflichtigen (Differenzierung nach verkehrüblicher Sorgfaltspflicht, Fahrlässigkeit, Vorsätzlichkeit und vorsätzlich verschwiegenen Ungenauigkeiten), freiwilliger Offenlegung von festgestellten Ungenauigkeiten (*telling, helping and giving*) und erstmaligen Fehlern ab. Die anhand dieser Kriterien festgelegte Prozenträte wird mit dem entgangenen Steueraufkommen multipliziert, um den Strafzuschlag zu berechnen.

Dr. Gunnar Pohl, Leiter der Steuerabteilung der Deutsch-Britischen Industrie- und Handelskammer, erläutert: „Die britische Finanzbehörde betont, dass sie stets die Umstände des Einzelfalles in Betracht zieht und eine umfassende Gesamtabwägung vornimmt. Je nach Kooperationsbereitschaft des Steuerpflichtigen und je nach den Umständen des Einzelfalles ist es möglich, Strafzuschläge zu kürzen und auch aufzuheben. Es sei schließlich ‚fair‘, dass jeder seine Steuerschuld in richtiger Höhe zahle.“

Für mehr Informationen zur britischen Umsatzsteuer wenden Sie sich bitte an: Conny Zessler, Servicebereich Steuern, Tel: +44 20 7976 4170, Email: tax@ahk-london.co.uk

- Ende -

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an: Jana Toon, Presse- & Öffentlichkeitsarbeit, Deutsch-Britische Industrie- und Handelskammer, 16 Buckingham Gate, London SW1E 6LB, Tel: +44 (0)20 7976 4188, Fax: +44 (0)20 7976 4101, E-Mail: press@ahk-london.co.uk

Informationen für den Herausgeber:

Die Deutsch-Britische Industrie- und Handelskammer in London wurde 1971 gegründet und ist eine business-to-business Organisation mit etwa 750 deutschen und britischen Mitgliedsfirmen. Sie bietet Geschäftskontakte, Informationen und Ratschläge für ihre Mitgliedsfirmen und für tausende von Nichtmitgliedsfirmen in beiden Ländern an. Mehr Informationen können unter www.ahk-london.co.uk abgerufen werden.

Bei Veröffentlichung würden wir uns über ein Belegexemplar freuen.

German-British Chamber of Industry & Commerce | Deutsch-Britische Industrie- und Handelskammer

16 Buckingham Gate | London SW1E 6LB | Tel: +44 (0) 20 7976 4100 | Fax: +44 (0) 20 7976 4101 | Email: mail@ahk-london.co.uk | Internet: www.ahk-london.co.uk

The German-British Chamber of Industry & Commerce is a limited company registered in England under No. 1016261, whose registered office is at the above address.

London, 12. Mai 2016

ACHTUNG! SPERRFRIST: 13. Mai 2016, 01.00 Uhr BST (02.00 Uhr MEZ)

PRESSEMITTEILUNG

80% der Mitglieder der Deutsch-Britischen Kammer, die im Vereinigten Königreich operativ aktiv sind, sagen: Brexit hätte negative Folgen

Die überwiegende Mehrheit der Mitglieder der Deutsch-Britischen Industrie- und Handelskammer (80%) glauben, dass ein Brexit sich negativ auf ihr Unternehmen auswirken würde, laut einer Studie des Meinungsforschungsinstitutes Ipsos MORI. Eine Handvoll (6%) glauben, im Referendum am 23. Juni für Brexit zu stimmen, hätte positive Folgen, und der Rest gab an, die Auswirkungen würden weder positiv noch negativ sein (12%) oder können diese nicht einschätzen (2%).

Den Unternehmen wurde weiterhin die Frage gestellt, wie sich ein Brexit auf ihre zukünftigen Investitionen im Vereinigten Königreich auswirken würde. Eine klare Mehrheit (61%) gab an, dass ein Brexit negative Folgen haben würde; eine Minderheit (7%) denkt, das Gegenteil wäre der Fall. Ungefähr ein Viertel der befragten Unternehmen glaubt, ein Brexit würde keinen Unterschied machen (28%) und 4% sind sich nicht sicher.

Was das Ausmaß der negativen Folgen eines Brexit angeht, gab ein Drittel der Unternehmen (33%) an, dass die Auswirkungen auf zukünftige Investitionen "sehr negativ" sein würden, d.h. ein Rückgang der geplanten Investitionsausgaben von mehr als 10%. Fast genau so viele Unternehmen (28%) antworteten, ein Brexit würde "ziemlich negative" Folgen haben, d.h. eine Reduzierung ihrer Investitionsausgaben wäre zwar unvermeidbar, aber diese würde unter 10% liegen.

Dr. Ulrich Hoppe, Hauptgeschäftsführer der Deutsch-Britischen Industrie- und Handelskammer, erläuterte: "Dieses Umfrageergebnis zeigt, wie wichtig auch aus wirtschaftlicher Sicht der Verbleib Großbritanniens in der Europäischen Union ist."

Ipsos MORI führte 182 webbasierte Interviews mit Mitgliedern der Deutsch-Britischen Industrie- und Handelskammer, die im Vereinigten Königreich operativ aktiv sind, als Teil einer größeren Studie von Mitgliedern mehrerer bilateraler Handelskammern. Die Studie wurde vom 19. April bis 2. Mai 2016 durchgeführt.

- Ende -

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:

Jana Toon, Presse- & Öffentlichkeitsarbeit, Deutsch-Britische Industrie- und Handelskammer, 16 Buckingham Gate, London SW1E 6LB, Tel: +44 (0)20 7976 4188, Fax: +44 (0)20 7976 4101, E-Mail: press@ahk-london.co.uk

Informationen für den Herausgeber:

German-British Chamber of Industry & Commerce | Deutsch-Britische Industrie- und Handelskammer

16 Buckingham Gate | London SW1E 6LB | Tel: +44 (0) 20 7976 4100 | Fax: +44 (0) 20 7976 4101 | Email: mail@ahk-london.co.uk | Internet: www.ahk-london.co.uk

The German-British Chamber of Industry & Commerce is a limited company registered in England under No. 1016261, whose registered office is at the above address.



Die Deutsch-Britische Industrie- und Handelskammer in London wurde 1971 gegründet und ist eine business-to-business Organisation mit etwa 750 deutschen und britischen Mitgliedsfirmen. Sie bietet Geschäftskontakte, Informationen und Ratschläge für ihre Mitgliedsfirmen und für tausende von Nichtmitgliedsfirmen in beiden Ländern an. Mehr Informationen können unter www.ahk-london.co.uk abgerufen werden.

Bei Veröffentlichung würden wir uns über ein Belegexemplar freuen.

London, 16. Juni 2016

ACHTUNG! SPERRFRIST: 17. Juni 2016, 01.00 Uhr BST

PRESSEMITTEILUNG

„Der Austritt Großbritanniens würde mit immenser Unsicherheit einhergehen“, sagt Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)

In einer Rede anlässlich des Annual Dinner der Deutsch-Britischen Industrie- und Handelskammer plädiert Ingo Kramer, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), für ein gemeinsames Europa, zu dem auch Großbritannien gehört.

„Ganz gleich, wie das Referendum ausgeht“, wünscht sich Ingo Kramer, „die EU muss dringend notwendige Reformen angehen, unnötige Bürokratie zulasten der Bürger und Unternehmen vermeiden und deren Wettbewerbsfähigkeit stärken“. Er hofft auch, „dass die Bürger Großbritanniens einer derart weiterentwickelten, wettbewerbsfähigeren EU auch in Zukunft angehören wollen“.

Er warnt vor dem Alleingang, da „weder Deutschland noch Großbritannien in der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts für sich allein ihre jeweiligen Interessen wirkungsvoll nach außen vertreten können“. „Der Austritt Großbritanniens würde mit immenser Unsicherheit einhergehen“, betont er.

Ingo Kramer ist seit 2013 der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA). Davor war er Mitglied des Vorstands des BDA und Vizepräsident seit 2011. Sein Werdegang enthält auch eine Zeit als Präsident des Arbeitgeberverbandes NORDMETALL, als Verhandlungsführer bei Tarifverhandlungen der norddeutschen Metall- und Elektroindustrie und über 30 Jahre Erfahrung als geschäftsführender Partner der J. Heinr. Kramer Gruppe, Bremerhaven, mit Kunden in der Schifffahrts-, Offshore, chemischen, Energie- und Lebensmittelindustrie.

Das Annual Dinner der Deutsch-Britischen Industrie- und Handelskammer findet am 16. Juni 2016 im Landmark Hotel in London Marylebone statt. Zu den Gästen gehören u.a. Sir Nigel Broomfield, Präsident der Deutsch-Britischen Industrie- und Handelskammer; Councillor Steve Summers, Lord Mayor of Westminster; Dr. Peter Ammon, deutscher Botschafter im Vereinigten Königreich; Patricia Godfrey, ehrenamtliche Vorstandsvorsitzende der Deutsch-Britischen Industrie- und Handelskammer und Lord Dykes, Mitglied des Oberhauses des britischen Parlaments.

- Ende -

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:

Jana Toon, Presse- & Öffentlichkeitsarbeit, Deutsch-Britische Industrie- und Handelskammer, 16 Buckingham Gate, London SW1E 6LB, Tel: +44 (0)20 7976 4188, Fax: +44 (0)20 7976 4101, E-Mail: press@ahk-london.co.uk

Informationen für den Herausgeber:

Die Deutsch-Britische Industrie- und Handelskammer in London wurde 1971 gegründet und ist eine business-to-business Organisation mit etwa 750 deutschen und britischen Mitgliedsfirmen. Sie bietet Geschäftskontakte, Informationen und Ratschläge für ihre Mitgliedsfirmen und für tausende von Nichtmitgliedsfirmen in beiden Ländern an. Mehr Informationen können unter www.ahk-london.co.uk abgerufen werden.

Bei Veröffentlichung würden wir uns über ein Belegexemplar freuen.



German-British
Chamber of Industry & Commerce
Deutsch-Britische
Industrie- und Handelskammer



London, 8. Juli 2016

Pressemitteilung

Destination unknown – Großbritannien geht auf eine ungewisse Reise

Das Ergebnis des gestrigen Referendums, welches die EU-Austrittsbefürworter mit 52% der Stimmen gewonnen haben, wird von weiten Teilen der Wirtschaft mit Schrecken aufgenommen, denn es ist derzeit unklar, wie sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zwischen Großbritannien und der EU zukünftig entwickeln werden. Auch steht das Land intern vor politischen Herausforderungen, da das Verhältnis zwischen Nordirland und der Republik Irland sich problematischer gestalten wird. Des Weiteren wird der schottische Nationalismus wieder Auftrieb erhalten, da Schottland mehrheitlich für einen Verbleib in der EU gestimmt hat.

Der britische Premierminister hat bereits seinen Rücktritt für Oktober diesen Jahres angekündigt und erst sein Nachfolger oder seine Nachfolgerin wird mit den offiziellen Austrittsverhandlungen betraut werden. Ob er tatsächlich so lange im Amt bleiben wird, bleibt abzuwarten. Mit diesem Schritt gibt er aber dem Land etwas Zeit zur Reflektion und der zerstrittenen konservativen Partei auch die Chance, eine konstruktive Strategie zur Neu-Definition des britischen Verhältnisses zu Europa zu entwickeln.

Jetzt heißt es, einen kühlen Kopf zu bewahren und die Bereitschaft zu zeigen, aufeinander zuzugehen, um die wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen auf das Vereinigte Königreich und die EU unter Kontrolle zu halten – denn, mit oder ohne britischer Mitgliedschaft in der EU, sitzen alle Europäer bei den allermeisten wirtschaftlichen und politischen Themen auch weiterhin im selben Boot. Das sehen auch große Teile der Führung der Brexit-Kampagne so und das lässt hoffen, dass mittelfristig eine praktikable Lösung gefunden werden kann, die das Vereinigte Königreich weiter wirtschaftlich und politisch eng an Europa bindet.

Laut Dr. Ulrich Hoppe, Hauptgeschäftsführer der Deutsch-Britischen Industrie- und Handelskammer, ändert sich für Unternehmen, welche nach Großbritannien exportieren, kurzfristig nichts an den Rahmenbedingungen, denn solange die Austrittsverhandlungen nicht abgeschlossen sind, bleibt das Inselreich weiter Teil der Europäischen Union.

Die nächsten Tage wird die Volatilität in den Märkten hoch sein und bis sich diese wieder stabilisieren werden, wird einige Zeit vergehen. Die Bank of England ist aber vorbereitet, zügig die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, damit die Volatilität nicht aus dem Ruder läuft.

- Ende -

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:

Jana Toon, Presse- & Öffentlichkeitsarbeit, Deutsch-Britische Industrie- und Handelskammer, 16 Buckingham Gate, London SW1E 6LB, Tel: +44 (0)20 7976 4188, Fax: +44 (0)20 7976 4101, E-Mail: press@ahk-london.co.uk

Informationen für den Herausgeber:

Die Deutsch-Britische Industrie- und Handelskammer in London wurde 1971 gegründet und ist eine business-to-business Organisation mit etwa 750 deutschen und britischen Mitgliedsfirmen. Sie bietet Geschäftskontakte, Informationen und Ratschläge für ihre

Mitgliedsfirmen und für tausende von Nichtmitgliedsfirmen in beiden Ländern an. Mehr Informationen können unter www.ahk-london.co.uk abgerufen werden.

Bei Veröffentlichung würden wir uns über ein Belegexemplar freuen.

London, 8. Juli 2016

PRESSEMITTEILUNG

Brexit Update – Zwei Wochen nach dem Referendum – Wo stehen wir? Wo geht die Reise hin?

Die Anzahl der Kandidaten für die Nachfolge von David Cameron ist nun gestern auf zwei reduziert worden und alle konservativen Parteimitglieder werden bis spätestens September die Nachfolgerin küren. Die politische Unsicherheit ist immer noch hoch, die Finanzmärkte bleiben weiter volatil und zukünftige Investitionsentscheidungen werden hinausgezögert. Unabhängig davon, ob Theresa May oder Andrea Leadsom Premierministerin wird, besteht kein Zweifel, dass das Ergebnis des Referendums von der neuen Regierung umgesetzt und das britische Verhältnis zur Europäischen Union neu definiert werden wird. Was ebenfalls sicher ist, ist dass sich der bürokratische Aufwand für Unternehmen nach dem Ende der Austrittsverhandlungen in einigen Jahren deutlich erhöhen wird. Derzeit ist es noch zu früh, verlässliche Vorhersagen über das Ausmaß und die Art der zusätzlichen administrativen Anforderungen zu machen (Passporting für den Finanzdienstleistungssektor, Ursprungsregelungen in global operierenden Wertschöpfungsketten, Produktsicherheit und gegenseitige Anerkennung von beruflichen Qualifikationen sind nur einige Felder, in denen Änderungen zu erwarten sind).

Dr. Ulrich Hoppe, Hauptgeschäftsführer der Deutsch-Britischen Industrie- und Handelskammer, erwartet, „dass über den Sommer vernünftige und pragmatische Ansätze zur Neudefinition des britischen Verhältnisses zu Europa entwickelt werden, denn es liegt im Interesse Großbritanniens und auch der EU, dass der Binnenmarkt zusammengehalten und seine Größe nicht schrumpfen wird.“

Was sind die Optionen? Ein harter Brexit zu WTO-Regelungen oder ein „Soft-Brexit“ mit weiterem Zugang zum Binnenmarkt?

Dr. Hoppe hofft, „dass es zu einem ‚Soft-Brexit‘ kommt, welcher den ungehinderten Zugang für britische Firmen zum Binnenmarkt und für europäische Firmen zum britischen Markt aufrecht erhält. Ein solches Verhandlungsergebnis ist am Ende möglich, wenn alle Seiten konstruktiv miteinander verhandeln. Aber damit es zu diesem Ergebnis kommt, muss Großbritannien weiterhin ein gewisses Maß an Arbeitnehmerfreizügigkeit zukünftig zulassen und im Gegenzug muss der Rest von Europa akzeptieren, dass diese, zumindest für einen bestimmten Zeitraum, in Bezug auf Großbritannien gewissen Beschränkungen unterliegen wird. In diesem Zusammenhang sollte nicht vergessen werden,“ gibt er zu bedenken, „dass das Vereinigte Königreich nach der ersten EU-Osterweiterung diese Freizügigkeit gleich eingeführt hat, die überwiegende Mehrheit der EU-Mitglieder diese aber für sieben Jahre massiv beschränkt hat. Im Angesicht der derzeit hohen Zahl von Einwanderern kann argumentiert werden, dass den Briten jetzt im Gegenzug gewisse zeitweise Beschränkungen zustehen. Ob dieses ein gangbarer Weg sein wird, werden die Verhandlungen zeigen, was aber klar sein sollte, ist, dass auf beiden Seiten ein echtes Nachgeben erforderlich ist. Zum Nutzen aller europäischen Länder hoffe ich, dass in diesem für die britische Öffentlichkeit kritischen Bereich eine praktikable Lösung gefunden werden kann.“

Was außer Frage steht, ist, dass Großbritannien weiterhin ein offenes Land für Talente bleiben muss, sofern es weiter wirtschaftlich erfolgreich sein möchte. Anderenfalls werden Firmen verstärkt gezwungen sein, an andere offenere Standorte zu ziehen. Die EU muss deshalb ebenfalls ihre strukturellen Probleme angehen, um zu vermeiden, dass manche Firmen Europa nicht ganz in Richtung USA verlassen, da der nordamerikanische Markt gerade in den Zukunftsindustrien häufig als vielversprechender angesehen wird. Es kann nicht in unserem gemeinsamen Interesse liegen, die europäische Wirtschaft durch die Verkleinerung des Binnenmarktes unnötig zu schwächen.

Dr. Hoppe ergänzt: „Die Botschaft, offen für Firmen und Talente zu bleiben, muss von der neuen politischen Führung Großbritanniens sofort aufgenommen und der Wählerschaft aktiv vermittelt werden. Dies ist keine einfache Aufgabe und erfordert echte Führungsqualitäten, und wie wir aus der internationalen Geschäftswelt alle wissen, ist echte Führung nie einfach. Mit anderen Worten, der Weg voran wird holprig, aber wir sind zuversichtlich, dass am Ende der gesunde Menschenverstand und von allen Seiten anzuwendendes Augenmaß die Oberhand gewinnen.“

Die Deutsch-Britische Industrie- und Handelskammer wird ihren Mitgliedern und anderen bilateral operierenden Unternehmen zur Seite stehen, den als Folge des Brexits erwarteten Mehraufwand so effizient wie möglich abzuwickeln.

- Ende -

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:

Jana Toon, Presse- & Öffentlichkeitsarbeit, Deutsch-Britische Industrie- und Handelskammer, 16 Buckingham Gate, London SW1E 6LB, Tel: +44 (0)20 7976 4188, Fax: +44 (0)20 7976 4101, E-Mail: press@ahk-london.co.uk

Informationen für den Herausgeber:

Die Deutsch-Britische Industrie- und Handelskammer in London wurde 1971 gegründet und ist eine business-to-business Organisation mit etwa 750 deutschen und britischen Mitgliedsfirmen. Sie bietet Geschäftskontakte, Informationen und Ratschläge für ihre Mitgliedsfirmen und für tausende von Nichtmitgliedsfirmen in beiden Ländern an. Mehr Informationen können unter www.ahk-london.co.uk abgerufen werden.

Bei Veröffentlichung würden wir uns über ein Belegexemplar freuen.



German-British
Chamber of Industry & Commerce
Deutsch-Britische
Industrie- und Handelskammer



London, 15. Dezember 2016

Pressemitteilung

Deutsch-Britische Wirtschaft wünscht sich einen weichen Brexit, erwartet aber einen harten Brexit

Die Mehrheit der deutsch-britischen Wirtschaft (56%) glaubt, dass der Brexit sich mittelfristig negativ auf ihr Unternehmen auswirken wird, laut einer Studie der Deutsch-Britischen Industrie- und Handelskammer. Nur 11% glauben, dass der Brexit eine positive Auswirkung haben wird. Der Rest gab an, die Auswirkungen würden weder positiv noch negativ sein (12%) oder sie können diese derzeit noch nicht einschätzen (21%). Unter denjenigen, die negative Auswirkungen befürchten, rechnen mehr Firmen mit sehr negativen als mit relativ negativen Folgen (32% bzw. 24%).

Dr. Ulrich Hoppe, Hauptgeschäftsführer der Kammer, wertet dieses Ergebnis „als Zeichen einer immer noch starken Verunsicherung in der deutsch-britischen Wirtschaft, selbst wenn die negativen Folgen eines Brexits vor dem Referendum im Juni 2016 noch höher eingeschätzt wurden.“

Den Unternehmen wurde weiterhin die Frage gestellt, wie sich ein weicher Brexit oder ein harter Brexit jeweils auf ihre zukünftigen Investitionen im Vereinigten Königreich auswirken würde. Im Falle eines weichen Brexits erwarten sogar 38% einen relativ positiven (26%) bis sehr positiven Effekt (12%) und nur für 14% wäre dieser negativ bis sehr negativ. Für fast die Hälfte der Firmen ergibt sich kaum eine Auswirkung (40%) oder sie können diese noch nicht abschätzen (8%). Das Bild verändert sich aber massiv für den Fall eines harten Brexits, denn dann rechnen mehr als zwei Drittel der Befragten mit einem relativ negativen (31%) bis sehr negativen Effekt (37%). Nur eine Handvoll Firmen (3%) sehen einen harten Brexit als positiv bis sehr positiv für ihre zukünftigen britischen Investitionen an. Für 17% bleibt ein harter Brexit ohne Auswirkungen und nur 12% sind sich über diese noch unsicher.

Derzeitige Kernpunkte für die anstehenden Brexit-Verhandlungen sind für die bilateral tätigen Unternehmen eine reibungslose Übergangsphase, damit die Volatilität des Pfund-Wechselkurses begrenzt bleibt (wichtig für 80%). 66% sehen die Aufrechterhaltung der Freizügigkeit der Arbeit und 64% den weiteren Zugang zum Binnenmarkt als bedeutend an. Einheitliche Regelungen bei Warenzeichen und Patenten sind für 40% der Firmen wichtig. Sektoral betrachtet ist das sogenannte „*Passporting*“ für die befragten Finanzdienstleister von herausragender Bedeutung, und für die pharmazeutische Industrie sind weiterhin gemeinsame Rahmenbedingungen für die Medikamentenforschung und -zulassung sowie der Zugang zu europäischen Forschungsgeldern sehr kritische Punkte.

Patricia Godfrey, ehrenamtliche Vorstandsvorsitzende der Kammer und Partnerin der Rechtsanwaltskanzlei Nabarro LLP, betont, „dass das deutsch-britische Verhältnis von zentraler Bedeutung für den Ausgang der Brexit-Verhandlungen ist. Die Ergebnisse der Umfrage zeigen, dass die deutsch-britische Wirtschaft sich einen weichen Brexit und eine stabile Übergangsphase wünscht. Ein harter Brexit wäre ein schwerer Schlag für die Unternehmen, denn für 68% würde dieser sich negativ auswirken. Wir hoffen, dass die Politiker auf beiden Seiten diese Ergebnisse berücksichtigen werden.“

Die Deutsch-Britische Industrie- und Handelskammer führte 195 webbasierte Interviews mit ihren Mitgliedern und deutschen Tochtergesellschaften im Vereinigten Königreich. Die Studie wurde vom 30. November bis 7. Dezember 2016 durchgeführt.



German-British
Chamber of Industry & Commerce
Deutsch-Britische
Industrie- und Handelskammer



- Ende -

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:

Jana Toon, Presse- & Öffentlichkeitsarbeit, Deutsch-Britische Industrie- und Handelskammer,
16 Buckingham Gate, London SW1E 6LB, Tel: +44 (0)20 7976 4188, Fax: +44 (0)20 7976
4101, E-Mail: press@ahk-london.co.uk

Informationen für den Herausgeber:

Die Deutsch-Britische Industrie- und Handelskammer in London wurde 1971 gegründet und ist eine business-to-business Organisation mit etwa 750 deutschen und britischen Mitgliedsfirmen. Sie bietet Geschäftskontakte, Informationen und Ratschläge für ihre Mitgliedsfirmen und für tausende von Nichtmitgliedsfirmen in beiden Ländern an. Mehr Informationen können unter www.ahk-london.co.uk abgerufen werden.

Bei Veröffentlichung würden wir uns über ein Belegexemplar freuen.